

Antwort der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine des Cannabis Social Club Berlin e.V.

Sehr geehrter Herr Dietrich,

vielen Dank für Ihre Anfrage sowie für die ausführliche Darstellung Ihrer Erfahrungen aus der praktischen Umsetzung des Konsumcannabisgesetzes in Berlin. Sie beschreiben sehr präzise die Diskrepanz zwischen gesetzlichem Anspruch und administrativer Realität – und genau dort entscheidet sich, ob Regulierung funktioniert oder scheitert. Wenn Verfahren zu lange dauern, unklar sind oder unterschiedlich ausgelegt werden, stärkt das am Ende nicht den Rechtsstaat, sondern den Schwarzmarkt.

Für mich ist klar: Eine moderne Cannabispolitik muss Entkriminalisierung, Jugend- und Gesundheitsschutz, Prävention sowie die wirksame Zurückdrängung des illegalen Marktes zusammenbringen. Mit dem Cannabisgesetz, das durch die Freien Demokraten gegen heftige Widerstände durchgesetzt wurde, wurde daher ein überfälliger Paradigmenwechsel eingeläutet. Doch das Erreichen der Ziele gelingt nur, wenn die Umsetzung praxistauglich ist und die Verwaltung funktioniert. Die Zwischenberichte zur Evaluation des Cannabisgesetzes zeigen bereits, dass das Gesetz insgesamt besser ist als sein Ruf, und dass wir uns damit in eine gute Richtung entwickeln. Nichtsdestotrotz gibt es noch einige Hürden.

Zu Ihren Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

1. Genehmigungsverfahren und Digitalisierung nach § 11 KCanG

Werden Sie sich dafür einsetzen, die Genehmigungsverfahren nach § 11 KCanG durch verbindliche Verwaltungsvorschriften, eine zentrale Koordination beim LaGeSo sowie eine vollständige Digitalisierung zu standardisieren und deutlich zu beschleunigen? Falls ja, welche konkreten Maßnahmen werden Sie hierfür ergreifen?

Ja. Es wird davon ausgegangen, dass Berlin etwa 600 Anbauvereinigungen benötigt, um den Bedarf zu decken. Aktuell stehen wir bei 11. Das zeigt deutlich, dass die aktuellen Verfahren zu komplex, zu langsam und zu wenig standardisiert sind – und dies ist ein strukturelles Problem, kein Einzelfall bei der Genehmigung von Anbauvereinigungen.

Ich setze mich dafür ein, die Verfahren und Ansprechpartnerinnen /-partner zentral beim LaGeSo zu bündeln, mit einer klaren Koordinierungsfunktion. Darüber hinaus bedarf es verbindlicher Prüfkataloge einzuführen, die für alle Beteiligten gelten. Gleichzeitig braucht es eine vollständige Digitalisierung der Antragstellung, inklusive strukturierter Formulare und transparenter Statusverfolgung. Ziel ist ein Verfahren, das für ganz Berlin einheitlich, nachvollziehbar, planbar und deutlich schneller ist.

2. Baurechtliche Einordnung und vereinfachte Bauverfahren

Werden Sie sich dafür einsetzen, eine klare baurechtliche Einordnung von Anbauvereinigungen in Berlin zu schaffen und gleichzeitig die bestehenden Instrumente der Bauordnung – insbesondere vereinfachte Verfahren nach § 63 BauO Bln sowie Genehmigungsfreistellungen nach § 62 BauO Bln – systematisch nutzbar zu machen? Falls ja, wie soll dies konkret erfolgen?

Ja. Die derzeitige Unsicherheit im Baurecht führt zu unnötigen Verzögerungen und widersprüchlichen Entscheidungen in den Bezirken.

Ich will eine klare, landesweit einheitliche Einordnung von Anbauvereinigungen schaffen, damit Planungssicherheit entsteht. Denn Anbauvereinigungen können in bestehenden Gewerbe- und Industriegebäuden betrieben werden, ohne dass es zu wesentlichen baulichen Veränderungen kommen muss. Daher müssen vereinfachte Verfahren und Genehmigungsfreistellungen konsequent genutzt werden, . Das bedeutet konkret: klare Verwaltungsvorgaben und eine einheitliche Anwendungspraxis statt Einzelfallentscheidungen ohne Orientierung.

3. Flächenpolitik und Bereitstellung geeigneter Standorte

Werden Sie sich dafür einsetzen, auf Grundlage des § 11 BauNVO gezielt Sonderflächen für Anbauvereinigungen auszuweisen und landeseigene Flächen aktiv für gemeinschaftlichen Cannabis-Anbau bereitzustellen? Falls ja, welche konkreten Schritte planen Sie hierzu?

Der Engpass bei Flächen ist ein zentrales Problem der aktuellen Umsetzung – das sprechen Sie völlig zu Recht an. Ohne geeignete Standorte bleibt jede Regulierung theoretisch.

Ich setze mich dafür ein, dass Senat und Bezirke aktiver geeignete Flächen identifizieren und planungsrechtliche Instrumente gezielt nutzen. Dazu gehört auch, bestehende Flächenpotenziale transparenter zu machen und Verfahren zu beschleunigen. Gleichzeitig ist mir wichtig, Nutzungskonflikte frühzeitig zu berücksichtigen, um tragfähige Lösungen vor Ort zu ermöglichen. Außerdem muss es möglich sein, dass ein CSC mit Sitz in Berlin auch Flächen in Brandenburg nutzen können muss, damit Engpässe bei der Flächenvergabe vermieden werden können.

4. Nutzung mehrerer Anbauvereinigungen an einem Standort

Werden Sie sich dafür einsetzen, durch Verwaltungsvorschriften oder vergleichbare Regelungen rechtliche Klarheit für die Nutzung gemeinsamer Standorte durch mehrere

Anbauvereinigungen zu schaffen? Falls ja, wie sollen entsprechende Anforderungen an bauliche und organisatorische Trennung konkret ausgestaltet werden?

Ja. Es muss einfach möglich sein, dass mehrere Anbauvereinigungen an einem Standort gemeinsam agieren können. Die aktuelle Unsicherheit ist daher weder für Antragsteller noch für Behörden tragbar und verhindert sinnvolle Nutzung bestehender Infrastruktur.

Ich unterstütze eine klare Regelung durch Verwaltungsvorschriften, die festlegt, unter welchen Bedingungen mehrere Anbauvereinigungen einen Standort nutzen können. Entscheidend sind dabei nachvollziehbare Anforderungen an bauliche Trennung, getrennte Zugänge sowie klar zugeordnete Verantwortlichkeiten. Ziel ist eine Lösung, die Effizienz ermöglicht, ohne die Kontrolle oder Nachvollziehbarkeit zu beeinträchtigen. Diese Regelung darf jedoch nicht überkomplex sein, sondern muss sich an einer einfachen und realitätsnahen Anwendung orientieren, so dass eine größtmögliche Flexibilität gewährleistet wird.

5. Regelungen zum Cannabiskonsum im öffentlichen Raum

Werden Sie sich dafür einsetzen, auf Grundlage der bestehenden Regelungen des § 5 KCanG sowie des Berliner Ordnungsrechts klare, verständliche und praxistaugliche Regelungen für den Cannabiskonsum im öffentlichen Raum zu entwickeln? Falls ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie, insbesondere im Hinblick auf eine transparente Darstellung von Konsumverbotszonen und die Ausweisung geeigneter Konsumbereiche?

Die derzeitige Situation mit großflächigen, oft schwer nachvollziehbaren Verbotszonen ist aus meiner Sicht nicht praxistauglich. Regeln müssen verständlich sein, sonst werden sie nicht eingehalten.

Ich setze mich dafür ein, bestehende Regelungen klar und transparent darzustellen, etwa durch nachvollziehbare Karten und eindeutige Kommunikation, aber vor allem durch die Anwendung des gesunden Menschenverstands, insbesondere im Hinblick auf die in § 5 KCanG Formulierung der „Sichtweite“. Gleichzeitig halte ich es für sinnvoll, Nutzungskonflikte aktiv zu steuern und Lösungen kooperativ zu entwickeln, die sowohl Schutzräume berücksichtigen als auch realistische Nutzung ermöglichen. Ziel ist eine Ordnungspolitik, die funktioniert – nicht eine, die nur auf dem Papier existiert. Eine Ausweitung von geeigneten Konsumbereiche halte ich hingegen nicht für zielführend, da Konsum überall möglich sein muss, wo es keine Einschränkung vorliegt.

6. Transparenz und Datenerhebung zur Umsetzung des KCanG

Werden Sie sich dafür einsetzen, die Umsetzung des Konsumcannabisgesetzes in Berlin durch eine regelmäßige, strukturierte und öffentlich zugängliche Datenerhebung transparenter zu gestalten? Falls ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie hierfür?

Ja. Ohne belastbare Daten ist weder politische Steuerung noch eine ehrliche Bewertung der Umsetzung möglich.

Ich setze mich dafür ein, dass zentrale Kennzahlen wie Antragszahlen, Bearbeitungszeiten und Genehmigungsquoten regelmäßig veröffentlicht und proaktiv mit den Forscherinnen und Forschern von EKOCAN geteilt werden. Darüber hinaus müssen die Daten strukturiert, aktuell und öffentlich zugänglich sein. Nur so lassen sich Probleme identifizieren, Verfahren verbessern und Vertrauen in die Umsetzung schaffen.

Die Teillegalisierung war ein wichtiger Schritt. Jetzt entscheidet sich, ob sie in der Praxis funktioniert. Wenn wir wollen, dass der Schwarzmarkt zurückgedrängt wird und Regeln akzeptiert werden, dann müssen diese Regeln auch umsetzbar sein.

Ich stehe für eine Politik, die genau das ernst nimmt: klare Regeln, funktionierende Verfahren und eine Verwaltung, die ermöglicht statt blockiert.

Für Ihr Interesse an unseren Positionen danke ich Ihnen herzlich. Wir werden unsere Antworten auf Ihre Fragen auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Langer

Generalsekretär der FDP Berlin